

Vossische



Zeitung

20 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vorzuziehen. Täglich: „Unterhaltungsbild“, „Finanz- und Handelsblatt“. — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder“ und „Literarische Umschau“. — Mittwoch: „Reise und Wanderung“. — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mit Zeile 35 Pfennig, Familien Anzeigen mit Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Auftragnehmung in einer bestimmten Nummer.

Verlag Ullstein. Verantwortlich für den Gesamtabhalt (außer dem Handelsblatt): Dr. Carl Misch, Berlin. Für Rücksendung unverl. Manuskripte ist Form beizubehalten.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22/26

Verantwortlich: Ullstein: Amt Dönhof (A 7) 2600-3665, für den Verwalter: Amt Dönhof 3666-3688. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 960.

Mehrheit für Brüning Sieg mit 82 Stimmen

In der ersten Abendrunde fand gestern im Reichstag die namentliche Abstimmung statt über den Antrag auf Verlegung zur Tagesordnung über alle eingebrachten Mißtrauensanträge, ob sie sich nun gegen das Gesamtministerium oder einzelne Reichsminister richteten. Von 555 Abgeordneten haben 318 für Verlegung zur Tagesordnung, 236 dagegen gestimmt, eine Stimme war unglücklich. Die Mehrheit, die für die Regierung Brüning stimmte, betrug 82 Stimmen. — In der Nachtstimmung wurde dann das Amnestiegesetz mit 395 gegen 147 Stimmen angenommen. Der Reichstag ist bis zum 3. Dezember vertagt.

Der zweite parlamentarische Erfolg des Kabinetts Brüning im neuen Reichstag — also ersten wird man die Wahl Böses zum Reichspräsidenten anerkennen — übertrifft als Ermüdung. 82 Stimmen Mehrheit fand für ein Kabinett, das 107 Nationalsozialisten, 41 Sozialdemokraten, 29 Mitglieder des Landvolks auf der Rechten, 77 Kommunisten auf der Linken zu erklären weigern hat, von der Sozialdemokratie nur unter toleriert wird (nicht alle haben gestern für die Regierung gestimmt) und von bürgerlichen Gruppen, die im Kabinett vertreten sind, mit ausgeprägter Unfreundlichkeit behandelt worden ist, ein glänzender Sieg und ein Beweis dafür, daß die Regierung Brüning auch in diesem Parlament von allen Seiten können. Wie viel die Nationalsozialisten durch die ganze Art ihres Auftretens dem Kabinett genügt, ihm Stimmen zugeführt haben, das ist zahlenmäßig schwer feststellbar. Aber unzweifelhaft ist, daß manche Abgeordnete die vor der Eröffnungssitzung des Reichstags mit den Nationalsozialisten gleichgültig haben, schon nach den ersten Sitzungen wenn nicht befehl, so doch mindestens süßig geworden sind. Die Hypothese ist gewichen.

Elf Stunden, die zum großen Teil mit Spießfuß ausgefüllt waren, die Nationalsozialisten und Kommunisten aufzuführen, waren der entscheidenden Abstimmung vorangegangen. Unmöglich, alles genau zu registrieren. Den zutreffendsten Eindruck erhält man vielleicht aus der Schilderung jener Szenen, die sich abspielten, als die erste namentliche Abstimmung über das Schuldenentlastungsgesetz noch im Gange war. Die Nationalsozialisten riefen wiederholt im Chorus: „Die Sozialdemokraten haben uns verrotten“. Die Kommunisten schrien, als die äußerste Regele auftrab: „Wieder mit den Sozialdemokraten!“ Als sie still wurden, fingen wieder die Nationalsozialisten an: „Deutschland erwache!“, worauf die Kommunisten mit der Internationalen antworteten. In diesem regelmäßigen Wechsel lösten sich die Redatoren links und rechts ab, wobei die Sozialdemokraten nach beiden Seiten hin ironisch immer das Feindes zum Einsatz gaben, die bürgerlichen Parteien betonte Uninteresselosigkeit zeigten. Die Mannen Hinters haben in der Eröffnungssitzung durch ihren geschlossenen Einzug im Koffein imponierten wollen. In wenigen Sitzungen waren sie soweit, daß man sie nur noch tömsig fand. Sie waren mit ihrem Särm nur noch Eindruck als das Trommelfell.

Sofort war noch eine andre Episode höchst charakteristisch. Als der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Hoegener sprach, Staatsanwalt aus München, da rief ihm der Nationalsozialist Abgeordnete Seines, drohend zu: „Sie können in München dem!“ Seevering begab sich auf die Estrade, um den Reichspräsidenten öfter darauf aufmerksam zu machen, daß seine Drohung aus dem Munde eines Mannes, der wegen Fernerordnes angeklagt war, nicht überhört werden dürfe. Abg. Seines wurde von der Sitzung ausgeschlossen, verließ auch den Saal. Der große der Nationalsozialisten richtete sich jetzt gegen Seevering, den sie einen Demagoganten nannten, dazu machten sie stehende Gebärden. Seevering ließ von der Estrade her unten, schritt auf die Bänke der Nationalsozialisten zu und ging durch ein Spalier der Hitler-Leute langsam den schmalen Gang hinauf, der zur Tür führt. Einige Nationalsozialisten drängten nach, die Sozialdemokraten, die Seevering befohlen glaubten, stützten aus dem Saal, um ihn eventuell zu fügen. Aber Seevering kam durch die gleiche Tür wieder

herein und wiederholte den Spaziergang an den Nationalsozialisten vorbei, nach der oberen Seite. Es war eine Demonstration und eine mutige Gabe; und sie hat sehr beredt gegen die nationalsozialistischen Schreier gewirkt.

Aus der Vielfalt der Begebenheiten während der gestrigen Sitzung ist das erste erhebliche Wiederauftreten des Abgeordneten von Oldenburg-Jansauig hervorzuheben. Der jetzt 73jährige, der einmal Wilhelm II. empfing, durch einen Keutnant und zehn Mann den Reichstag auseinandringen zu lassen, ist aus der Verrentung wieder aufgelaufen. Ein interessanter Anachronismus. Wenn man diesen eiligen Mann sieht, glaubt man ihn nicht seine 75 Jahre, wenn man ihn hört, scheint es kaum glaubhaft, daß er erit um die Mitte des 19. Jahrhunderts zur Welt gekommen ist. Er spricht über die Reichswehr und über den Leipziger Prozeß. Wie er anfängt, glaubt man, daß ein Hüter aller militärischer Traditionen den Versuch, aus der Reichswehr eine Prätorianergarde zu machen, unvertutet. Später stellt es sich heraus, daß er sich nicht die Unterschiede zwischen Wehrpflicht und Wehrdienst zu machen weiß und parteipolitische Betätigung von Offizieren, die mehr mit der einen noch mit der andern Pflicht zu vereinbaren sind, aufweist.

Der juristische Grundhaß: Lind der König abfolut, wenn er unsern Willen tut“ auf die Reichswehr übertragen. Während der Jansauifer seine wertwürdigen Sophismen die sich gibt, wird man unwillkürlich daran erinnert, daß einmal auch von preussischen Junkern berichtet worden ist, die während des Krieges ermahnt den Plan erwoogen, ob man Wilhelm II. nicht entronnen sollte.

Unmittelbar nach dem Abgeordneten von Oldenburg-Jansauig erhebt sich der Kanzler. Es ist das einzige Mal, daß er in die Debatte eingreift, mit wenigen Sätzen, die sich an die Adresse des Jansauingers richten, aber in der Hauptphase einer Rede des deutschen Nationalen Abgeordneten Schmidt-Hannover gelten, der von dem Säbnerne auf die durchgeführte Verletzung getroffen hat. So kurz diese Zurechtweisung der Angriffe auf den Reichsgeschichtlicher Groener, die Beurteilung der Vernehmung des Führerredes war: sie war scheinbar, und sie traf. Der Jansauifer hatte mit seiner Kritik wenig Glück, und der Adjutant Hugenbergs auch nicht mehr. Der Kanzler hatte mit seinem Florett gut zugehoben.

Der Reichstag hat nach Mitternacht noch eine zweite Sitzung abgehalten, um die dritte Lesung der Amnestieentwürfe vornehmen zu können. Er ist bis zum Dezember vertagt. Die Regierung Brüning kann ihren parlamentarischen Sieg während der nächsten Wochen, bei der Vorbereitung ihrer Vorlesungen, nützen.

Das Ergebnis der ersten geminnenen Schlacht ist die Aktionsfähigkeit der Regierung und des Reichstags.

Eine Erklärung der Friedensgesellschaft

Zu den jetzt auch im Reichstag aufgetretenen Behauptungen, die Deutsche Friedensgesellschaft habe ausländische Regierungsgelder erhalten, erlegt die Friedensgesellschaft eine Gegenklärung. Die Erklärung der Frau Hillers, auf die hier Bezug genommen wird, habe nur unbedeutende Behauptungen in diesem Punkte geteilt. Die Deutsche Friedensgesellschaft habe weder direkt noch indirekt zu irgendeiner Zeit ausländische Regierungsgelder erhalten.

Freie Bahn der Regierung

Von
Dr. Peter Reinhold
Mitglied des Reichstags

Die erste Tagungswoche des neuen Reichstages, die mit dem Einzug der fortwährenden Nationalsozialisten am Pfingsttag der Republik und den eingelegten Forderungen auf der Leipziger Straße etwas stürmisch begann, hat eine von Tag zu Tag fortschreitende Verengung gebracht. Zwar schien es eine Zeitlang, als sei durch die befürworteten Mißtrauensvoten gegen Curtius und gegen Scheele eine bedrohliche Situation geschaffen. Aber an der Stimmung der Rechten, die sonst bei jeder Krisenluft eine besonders eifrige Tätigkeit entfalten, merkte man deutlich, daß man auf ein happy end zuteuferte.

Ihren Anfang genommen hat die Verengung mit der Wiederwahl Böses zum Reichstagspräsidenten, die mit der unerwartet großen Mehrheit, die Böbe über Scholz erreichte, nicht nur eine berechtigte persönliche Genugtuung für den Mann darstellte, der schon durch seine ersten Handlungen als Präsident wieder eine geradezu hervorragende Stellung für diesen Vollen bewies, sondern auch in ihrer Widerwirkung auf die politische Situation eine Annäherung der Mitte an die Sozialdemokratie brachte.

Es ist im Augenblicke große Mode bei einem Teil der bürgerlichen Parteien, bei aller und jeder Gelegenheit ihre antimarkistische Gefinnung so klar zu betonen, daß man ja nicht Gefahr läuft, von einer konkurrierenden Marktpartei in der Stärke der ostentativ zur Schau getragenen Abneigung gegen die Sozialdemokratie übertrieben zu werden. Die Annäherungsverträge gewisser Kreise aus der Wirtschaftspartei und der Volkspartei an die Nationalsozialisten waren deshalb im Anfang der Woche ziemlich lebhaft. Doch scheint es, daß trotz des hitzerischen Frühstücks im Hotel Hilton die Strömungen am Montag, die für den Führer der Volkspartei so unerwarteten Vorgänge bei der Wahlbedeutung und bei neuen Leistungen der Nationalsozialisten auf dem Gebiet der Gesetzesvorarbeiten — den demagogischen Antisozialismus der Hitlerkreise zulassen würden, die dann eine starke Mehrheit im Reichstag hätten.

Genau wie in den Tagen nach dem Zusammenbruch im November 1918 kommt es jetzt entscheidend auf die staatspolitische Einstellung der Sozialdemokraten an, soll Deutschland nicht von Sozialismus überannt werden, den im Frühjahr 1919 abgewehrt zu haben das große und unergründliche Verdienst der Parteien der Mitte zusammen mit der deutschen Sozialdemokratie gemein ist. Und genau wie damals hind sich auch heute die Führer der Sozialdemokratie ihrer Verantwortung wie der Schwere der Entscheidung bewußt: Die Folgen, wenn die Sozialdemokraten — in eine verärgerte Opposition hineingezogen — den demagogischen Antisozialismus der Hitlerkreise zulassen würden, die dann eine starke Mehrheit im Reichstag hätten.

Die nächsten Monate werden infolge der Maßnahmen, die zur Verengung der Wirtschaftss- und Finanzfragen durchgeführt werden müssen, an dem Mut der Sozialdemokratie, wenn es notwendig ist, um des deutschen Volkes und der Zukunft der deutschen Arbeiterklasse ist, auch unpopulär zu sein, sehr starke Anforderungen stellen. Nicht minder groß werden die Anforderungen an den festen Willen und den klugen Satz des Reichstagsleiters sein, die politische Zusammenarbeit der Mitte mit der Sozialdemokratie zu ermöglichen, ohne von der Seite der Rechten ein notwendiges finanzielles und wirtschaftspolitisches Einverständnis abzugeben.

Die Regierungserklärung, die der Reichskanzler abgab, erfüllt diese Voraussetzungen: Sie war klar in der Sache, aber